

## Reden wir über den Alltag

Aus dem Urlaub zurück liegt eigentlich jede Menge Arbeit auf dem Schreibtisch. Aber ich schlage mich insbesondere bei Facebook damit rum, zu kommentieren. Es geht um Köln.

Was ist bekannt? Bis Mittwoch, dem 6.1. gab es ca. 100 Anzeigen wegen Taschendiebstählen und sexueller Belästigung, dreiviertel davon mit sexuellem Hintergrund. Die Rede ist von 2 Vergewaltigungen. Es gab eine Ansammlung von ca. 1000 Menschen aus der heraus Gruppen die Straftaten begangen haben. Die Polizei hat bekannt gegeben, die mutmaßlichen Täten stammen „überwiegend aus dem nordafrikanischen beziehungsweise arabischen Raum“. Entgegen vieler anderslautender Kommentare auf Facebook wurde vor allem in den Regionalmedien berichtet. Überregional erst nach einer Pressekonferenz der Polizei.

Warum ich den Tag mit kommentieren verbringe? Weil es mich aufregt, dass die Themen sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung nicht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen, sondern sich mal mehr oder weniger versteckter Rassismus zeigt. Es geht pauschal darum, dass Geflüchtete eine Gefahr für Frauen sind, dass Geflüchtete angeblich keinen Respekt vor Frauen haben, dass man ja schon immer gewusst habe, dass die Geflüchteten Probleme mit sich bringen. Diese Selbstgerechtigkeit kotzt mich an.

Das Problem sexualisierter Gewalt und das Problem sexueller Belästigung sind gesellschaftliche Probleme in Deutschland. Die Verharmlosung von sexualisierter Gewalt, die Einordnung von sexueller Belästigung als „Kavaliersdelikt“ ist Alltag. Statt nun aber über deren Eindämmung zu reden, über Sensibilisierung in Bezug auf sexuelle Belästigung, werden sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung zu einem exklusiven Problem Geflüchteter gemacht. Sind sie aber nicht. Es sind Probleme der deutschen Gesellschaft.

Wenn es um den Kampf gegen sexualisierte Gewalt geht und um Sensibilisierung in Bezug auf sexuelle Belästigung, dann sollten quantitative Betrachtung nicht der Kern der Debatte sein. Denn jeder Fall ist ein Fall zu viel. In der derzeitigen Debatte halte ich es für angemessen, darauf hinzuweisen, dass Deutschland wahrlich kein Musterland des Kampfes gegen sexualisierte Gewalt und gegen sexuelle Belästigung ist. In diesem Zusammenhang kann das Stichwort Oktoberfest fallen.



Erst 1997 wurde aus dem Straftatbestand der Vergewaltigung das Wort „außerehelich“ gestrichen. Richtig gelesen. Bis dahin konnte der Ehemann, der seine Frau in der Ehe vergewaltigte, nicht wegen Vergewaltigung bestraft werden. Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2014 verweist darauf, dass es 12.742 Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung unter Gewaltanwendung oder Ausnutzen eines Abhängigkeitsverhältnisses gegeben hat. 62,5 Prozent der Taten wurde von Verwandten oder näheren Bekannten verübt. Und im Alltag? Wie häufig wird in deutschen Kneipen von deutschen Männern darüber geredet, wie viele und welche „Olle geknallt“ wurden? Wie häufig werden Frauen allein nach ihrem Aussehen bewertet und auf ihre (potentielle) sexuelle Nutzbarkeit taxiert? Wie häufig fällt (hinter vorgehaltener Hand natürlich) der Spruch, „Die Alte muss doch mal wieder gefickt werden“ wenn es darum geht, dass eine Frau nicht funktioniert oder schlechte Laune hat? Wie häufig trägt es sich zu, dass einer Frau Körperkontakt aufgedrängt wird? Und wie häufig hält nur die political correctness Männer davon ab, Testosteron auch noch als offiziellen Entschuldigungsgrund für Handlungen anzuführen? Wie häufig werden Frauen als reines Sexobjekt wahrgenommen?

Reden wir über das Problem sexualisierter Gewalt und das Problem sexuelle Belästigungen in Deutschland. Reden wir darüber wie dafür sensibilisiert werden kann, darüber, wie ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden kann, in dem sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung geächtet sind. Reden wir darüber, dass sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt eine Einstellungsfrage ist, darüber, dass bereits Worte und Sprüche das Problem sind. Reden wir über Rollenbilder, Rollenzuschreibungen und über

### Inhalt:

#### Seite 1

Reden wir über den Alltag

#### Seite 2

Klimavertrag von Paris: KlimaretterInnen aller Länder, vereinigt euch!

Reader der Bundestagsfraktion zum Fachgespräch „Befreiung und Befreier“ erschienen

#### Seite 3

Integration funktioniert nicht durch Pflichtbekenntnisse - Demokratie nicht durch Hofieren der AfD

Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen in Sachsen-Anhalt

#### Seite 4

Ehrendes Gedenken an Rosa und Karl

Bericht zur LAG-Hartz-IV-Versammlung

#### Seite 5

„Metamorphosen der Freiheit“ - Wladimir Griniw stellt im Bernburger Wahlkreisbüro aus

Kommentar zur Steuererhöhung in der Stadt Bernburg

#### Seite 6

Soziallotsen beim Neujahrsempfang in Saale-Wipper geehrt

Monatliche Mitgliederversammlung in Hecklingen

#### Seite 7

Nikolaustour führte Jan Korte nach Bernburg

Jahresausklang in Staßfurt

Möglichkeiten zur Selbstermächtigung von Frauen, sich zu wehren. Wie wäre es zum Beispiel, wenn jede Frau die Möglichkeit bekommen könnte, kostenlos einen Selbstverteidigungskurs zu besuchen? Die Veränderung muss zuerst im Kopf stattfinden. Jetzt wäre Zeit, genau damit anzufangen. Das wäre die richtige Konsequenz.

*MdB Halina Wawzyniak, Rechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion (veröffentlicht am 06.01.16 auf [www.wawzyniak.de](http://www.wawzyniak.de))*

# Klimavertrag von Paris: KlimaretterInnen aller Länder, vereinigt euch!

Zwei Binsenweisheiten sind mir in Paris als Beobachterin der Klimaverhandlungen immer wieder durch den Kopf gegangen. Erstens: Papier ist geduldig. Und: Politik wird nicht nur in Palästen und Parlamenten gemacht.

Ganz gleich, was die Zukunft bringt: Das Abkommen von Paris wird als historisches Ereignis in die Geschichtsbücher eingehen. Als eine Zeit vor dem "Accord de Paris" und eine Zeit danach. Als Wendepunkt, der ein weltweites Umsteuern in Art und Weise der Produktion und Verbrauch von Energie anschieben konnte. Oder als letzter, lauter Startschuss, der zwar gehört wurde, bei dem aber keiner aus den Startlöchern kam.



Foto: privat, Demo beim Pariser Klimagipfel

## Ein Abkommen von hoher Bedeutung

Zum ersten Mal raufte sich die Staatenwelt im Konsens zu dem Ziel zusammen, die Erderwärmung "deutlich" unter zwei Grad zu halten. Erstmals besteht Einigkeit darüber, dass schon 1,5 Grad zu viel sind. Zum ersten Mal werden im Vertrag konkrete Zahlen genannt, wie viel Treibhausgase die Menschheit noch ausstoßen darf, will sie katastrophale Ereignisse abwenden. Erstmals müssen alle Staaten Klimaschutz betreiben.

Auch die Umverteilung von Technologie und Finanzen von Nord nach Süd ist Teil des Abkommens. Die Rechte von Klimaflüchtlingen und Beschäftigten sind im Abkommen. Auch die Rechte über Entschädigungen bei Schäden und Verlusten durch Klimawandel. So pathetisch es klingt, aber in Paris wurde eine Allgemei-

ne Erklärung der planetaren Klimarechte auf den Weg gebracht.

## Das große Defizit: Klimarechte bleiben unverbindlich

Natürlich - das große Defizit bleibt die Umsetzung dieser Klimarechte. Zu Recht werden die fehlende Verbindlichkeit, die fehlenden Sanktionen, die klaffende Klimaschutzlücke durch zu schwache nationale Klimaschutzbeiträge kritisiert. Aber wie immer in der Geschichte sind Gesetze, Deklarationen und Verträge die eine Seite der Medaille. Die andere Seite war schon immer ihre Einhaltung.

## "Kriegserklärung" an Kohle, Gas und Öl

Das Pariser Abkommen hat das Zeug, dass wir es zu einer furchteinflößenden "Kriegserklärung" an Kohle, Gas und Öl

und ihre Stellvertreter machen. Eine Kampfansage an die Kohlebagger und die Bosse der Erdöl-Konzerne. An die Fondsverwalter, die mit Milliarden in die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen investieren. Eine "Kriegserklärung" an Politiker und Politikerinnen, die den Klimaschutz weiter in die Zukunft verschieben.

Ob links oder rechts, neoliberal oder sozialdemokratisch, ob Präsidentin oder Präsident, alle Regierungen haben in Paris ihre Hand gehoben und anerkannt, dass der Klimawandel eine "dringliche und

möglicherweise irreversible Gefahr für die menschlichen Gesellschaften und den Planeten darstellt". Nageln wir sie auf ihr Versprechen fest. In Parteien, Gewerkschaften, Bürgerenergiegenossenschaften, in der Wissenschaft und in den sozialen Bewegungen - überall gibt es Menschen, die die Dringlichkeit der Klimakatastrophe verstanden haben. Und die mit ihren Mitteln gegen die Zerstörung der Umwelt angehen.

Nehmen wir das Pariser Abkommen beim Wort. Klimaretter und -retterinnen aller Länder, vereinigt euch!

*MdB Eva Bulling-Schröter, Sprecherin für Energie- und Klimapolitik*

# Reader der Bundestagsfraktion zum Fachgespräch „Befreiung und Befreier“ erschienen

Beharrlich hatte sich die Bundesrepublik Deutschland bis ins Jahr 2015 geweigert das unvorstellbare Leid der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Unrecht anzuerkennen. Endlich, am 20. Mai 2015, beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages auf Initiative der LINKEN und der GRÜNEN, den wenigen Überlebenden zumindest eine symbolische Anerkennung zukommen zu lassen. Bis zur Vorlage und Verabschiedung eines entsprechenden Richtlinienentwurfs für die Umsetzung des Entschädigungsverfahrens wurden 10 Millionen Euro, mit denen ehemalige sowjetische Kriegsgefangene auf Antrag einen finanziellen Anerkennungsbetrag erhalten sollen, im Bundesetat gesperrt.

Am 17. Juni führte DIE LINKE zum Thema

der sowjetischen Kriegsgefangenen, ihrer fehlenden Anerkennung und zum Vernichtungskrieg im Osten ein Fachgespräch im Bundestag durch, in dem, neben einer Analyse der Gründe für die Jahrzehntelange Verweigerung und den Entwicklungen auf dem Gebiet der Erinnerungs- und Geschichtspolitik, auch über Möglichkeiten und Probleme der anstehenden Umsetzung des Antragsverfahrens debattiert wurde.

Nachdem das Bundesfinanzministerium einen Richtlinienentwurf vorgelegt hatte, stimmte am 23. September der Haushaltsausschuss einstimmig für die Freigabe der bewilligten Gelder. Seit dem 30. September können nun in den nächsten zwei Jahren Angehörige der sowjetischen Streitkräfte, die während des Zweiten

Weltkrieges in der Zeit vom 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945 als Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam waren, auf Antrag beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) eine einmalige Leistung in Höhe von 2.500 € erhalten.

In einem seit kurzem vorliegenden umfangreichen Reader dokumentiert die Bundestagsfraktion ihr Fachgespräch »Befreiung und Befreier - Vernichtungskrieg in Osteuropa und das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Bewusstsein«

*Die Broschüre kann im Bernburger Wahlkreisbüro von Jan Korte bezogen werden.*

# Integration funktioniert nicht durch Pflichtbekenntnisse – Demokratie nicht durch Hofieren der AfD

Zu den Interviews von Ministerpräsident Reiner Haseloff Ende Dezember in den Ausgaben der Mitteldeutschen Zeitung und der Volksstimme erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva von Angern:

„Die erneute Forderung von Ministerpräsident Reiner Haseloff nach Obergrenzen für Flüchtlinge wird auch zwischen den Feiertagen nicht richtiger. Wenn er überdies meint, dass DIE LINKE mit ihrer Flüchtlingspolitik die Wähler in die Arme der AfD treibt, ignoriert er zum einen sämtliche seriöse Studien, nach denen der größte Zuwachs für die AfD aus dem konservativen Lager um die CDU zu verzeichnen ist. Zum anderen spaltet er das demokratische Lager und spielt in Zeiten, in denen die Geschlossenheit des demokratischen Spektrums nötiger ist denn je, ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Seine Aussage, dass 70 Prozent des Parteiprogramms der AfD volksparteinah seien, teilt DIE LINKE ebenfalls nicht. Er selbst ist derjenige, der so der AfD den Weg bereitet.

Es steht außer Frage, dass für Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Not zu uns kommen, das deutsche Grundgesetz gilt. Das Grundgesetz kann aber nur den Rahmen bilden für eine Integrationsleistung, die in gesellschaftlicher Verantwortung erbracht werden

muss. Die Integration von Flüchtlingen funktioniert nicht mit Pflichtbekenntnissen, schon gar nicht mit Drohungen. Integration funktioniert nur mit der Eröffnung von Chancen und Perspektiven – sowohl für Flüchtlinge als auch für die einheimische Bevölkerung. Auch pragmatische Politik darf ihr

menschliches Antlitz nicht verlieren. Es manifestiert sich der Eindruck, dass es eigentlich die Angst vor rot-rot-grün ist, die Reiner Haseloff zu derartigen verqueren Äußerungen treibt. Er sei daran erinnert, dass die Mehrheit für ein Mitte-Links-Bündnis bereits seit mehreren Jahren in diesem Land gegeben ist und ihn weniger der Wähler zum Ministerpräsidenten gemacht hat, als dass er ein Ministerpräsident von Gnaden der SPD ist.

Fraglich bleibt schließlich die Art und Weise, wie Reiner Haseloff seine Botschaften zu ver-



Foto: privat, MdB Eva von Angern

künden vermag: Zwischen den Feiertagen autorisierte Interviews in beiden großen Tageszeitungen des Landes zu geben, ist sicherlich leichter, als sich in öffentlichen Wahlforen und -podien mit der politischen Konkurrenz und anderen politischen Ansätzen auseinanderzusetzen. Dort lässt er sich bislang lieber vertreten als selbst Farbe zu bekennen.“

MdB Eva von Angern,  
stellv. Fraktionsvorsitzende

## Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen in Sachsen-Anhalt

Zahlreiche Studien belegen: die soziale Herkunft entscheidet in Deutschland in eklatanter Art und Weise über den Bildungserfolg eines Kindes. Diesen Umstand zu ändern, ist seit langem Ziel der LINKEN. Einen Baustein dafür sehen wir im längeren gemeinsamen Lernen. In Sachsen-Anhalt haben sich in dieser Legislaturperiode Gemeinschaftsschulen auf den Weg gemacht, die unter einem Dach, oder in Kooperation mit anderen Schulen alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse – also auch das Abitur – anbieten. Entscheidungen über den Bildungsgang werden dadurch mindestens bis zur 9. Klasse offen gehalten. Ziel ist es, jedem Kind den bestmöglichen Schulabschluss zu ermöglichen, auch denen, die dem Gymnasium eher skeptisch gegenüber stehen. Unsere Fraktion hat nun ein Konzept entwickelt, wie diese Schulform weiterentwickelt werden kann. Dabei handelt es sich ausdrücklich um eine ermöglichende Reform. Wir werden nicht per Dekret Sekundarschulen oder Gymnasien abschaffen und durch Gemeinschaftsschulen ersetzen, wie die Volksstimme schon suggerierte, sondern Schulen entscheiden selbst, ob sie diesen Weg einschlagen.

Es versteht sich von selbst, dass in Gemeinschaftsschulen nicht alle im gleichen Tempo das Gleiche lernen können. Differenzierte Un-



terrichtsmethoden müssen dafür sorgen, dass diejenigen mit Stärken im entsprechenden Fach zusätzliche Aufgaben bekommen und diejenigen mit Schwächen besondere Hilfestellungen. Das ist schon im Hinblick auf die Inklusion unumgänglich. Die große Vielfalt an der Schule soll nicht nur akzeptiert, sondern auch als Gewinn erlebbar gemacht werden. Gemeinschaftsschulen sollen praxis- und lebensbezogen unterrichten. Wir knüpfen damit an unsere Konzepte zur polytechnischen Bildung an. Vor allem in den sogenannten MINT-

Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) soll die Qualität des Unterrichts dahingehend verbessert werden, dass Kompetenzen für das Leben in einer modernen Gesellschaft angeeignet werden, dass Kinder lernen, Chancen zu nutzen und Risiken zu begegnen. Außerdem soll Interesse für entsprechende Berufe geweckt werden.

Im Sinne der demografischen Entwicklung bieten Gemeinschaftsschulen die Möglichkeit, in ländlichen Räumen Schülerströme zu bündeln und relativ wohnortnah alle Schulabschlüsse anbieten zu können.

Die Entwicklung der Gemeinschaftsschulen findet unter einer angespannten Personalsituation statt. Unser Ziel ist es, den Personalbestand des Schuljahres 2013/14 zu halten. Dazu bedarf es großer Anstrengungen, die wir in einem Sofortprogramm zur besseren Unterrichtsversorgung zusammengefasst haben.

Das Gemeinschaftsschulkonzept und das Sofortprogramm finden Sie unter [www.dielinkefraktion-lsa.de](http://www.dielinkefraktion-lsa.de), oder in meinem Wahlkreisbüro.

MdB Birke Bull, stellv. Fraktionsvorsitzende



# Ehrendes Gedenken an Rosa und Karl

Wie es bei den LINKEN im Salzlandkreis bereits seit vielen Jahren Tradition ist, kamen am Sonntag, dem 10. Januar, wieder sehr zeitig Mitglieder und Sympathisanten zum Staßfurter Bahnhof, um gemeinsam nach Berlin zu fahren, und am Gedenken an die beiden Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teilzunehmen.

Diese beiden waren es, die schon damals erkannten, dass der 1. Weltkrieg ein Krieg um Rohstoffe und Absatzmärkte war. Sie glaubten der auch von der damaligen SPD-Führung mitgetragenen Propaganda nicht, es ginge darum, den barbarischen Zarismus zu bekämpfen.

Sie gaben ein Beispiel dafür, wie man im eigenen Land den Kriegsbefürwortern Widerstand leistet. Auch heute werden Kriege um geopolitische Einflusszonen, um Rohstoffe und Absatzmärkte geführt – es hat sich nichts geändert! Auch heute be-



Foto: privat, Auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin

kämpfen Merkel und Gabriel in Wahrheit nicht die Fluchtursachen, wenn sie den Diktaturen am Golf Waffen liefern und unter Mithilfe der Bundeswehr seit 15 Jahren Afghanistan bombardiert wird. Es geht ihnen ganz offensichtlich in erster

Linie nicht um die Verteidigung der Menschenrechte. Es geht einzig und allein um die Profite deutscher Rüstungsunternehmen, die sich im Schlepptau des US-Imperialismus bewegen. Diese heuchlerische Politik der Großen Koalition ist unerträglich und hat derzeit nur mit der LINKEN, als einzige deutsche Antikriegspartei ein Gegengewicht.

Gemeinsam mit tausenden anderen Teilnehmern wurde so auch ein Zeichen gegen das Handeln der derzeitigen Bundesregierung gesetzt.

Am Nachmittag nutzten unsere Teilnehmer die Gelegenheit und waren beim Politischen Jahresauftakt der Europäischen Linken im Berliner „Kosmos“ mit dabei und ließen so einen ereignisreichen Tag politisch-kulturell ausklingen.

*Siegfried Mahlfeld,  
Mitglied im Kreisvorstand*

## Bericht zur LAG-Hartz-IV-Versammlung

Es war in der letzten Zeit relativ still um die LAG Hartz IV. Und auch um die BAG Hartz IV.

Bei der BAG-Delegiertenversammlung vom 22./23.11.14 war es uns nicht gelungen, einen neuen BundessprecherInnenrat zu wählen. Dies wurde bei einer erneuten Versammlung am 27.06.15 nachgeholt. Somit hat die BAG einen neuen 10-köpfigen SprecherInnenrat (u.a. mit Elke Reinke aus der LAG Hartz IV Sachsen-Anhalt). Es gab zwar anfangs Wahl-Anfechtungen und andere bremsende Hürden, aber inzwischen ist die BAG sehr aktiv. Z.B. in Form der Kampagne „1050 Euro Mindestsicherung statt Hartz IV“ als Teil der großen Kampagne „Das muss drin sein“. Auf der Internetseite „<http://www.bag-hartz-iv.de>“ kann man dazu die Fotos von Katja Kipping, Klaus Lederer, Doris Hammer, Bernd Riexinger u.a. sehen.

Die LAG Hartz IV Sachsen-Anhalt hatte aus verschiedenen Gründen in der ersten Jahreshälfte 2015 keine Mitgliederversammlung. Aber dafür haben wir es am 05.12.15 geschafft, uns zu treffen und uns gegenseitig wieder auf den aktuellen Stand der BAG- und LAG-Arbeit und der aktuellen deutschen Hartz-IV-Problematik zu bringen. Die Aufmerksamkeit der Öff-

fentlichkeit und auch der Partei DIE LINKE war im Jahr 2015 mehr auf die Flüchtlingsthematik als auf ALG-II-Fragen gerichtet. Das ist einerseits angesichts der Ereignisse sehr nachvollziehbar. Aber die Sorgen der Erwerbslosen und Hartz-IV-Betroffenen sollten dabei nicht untergehen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und seine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur „Vereinfachung des Leistungsrechts im SGB II“ waren auf jeden Fall im Jahr 2015 nicht untätig. Sie haben einen Referenten-Entwurf

erarbeitet, welcher vom Bundeskabinett am 09.12.15 beschlossen werden soll. Bei diesen Gesetzesänderungen geht es - neben ein paar Verbesserungen - überwiegend um restriktive Verschlechterungen der Rechte der Hartz-IV-Betroffenen.

Auch die Rechte der Flüchtlinge waren ein Thema unserer LAG-Versammlung. Dazu ein Rechenbeispiel. Die Presse hatte gemeldet: „Der Bund bezahle für jeden Flüchtling ab der Registrierung bis zum Ende des Verfahrens 670 Euro im Monat. Danach könnten anerkannte Asylbewerber Hartz IV beantragen“ (Zitat aus dem Tagesspiegel vom 13.10.15).

670 Euro im Monat - das klingt im ersten Moment nach viel Geld. Es gab daraufhin

Gerüchte, Flüchtlinge würden mehr Geld bekommen als deutsche ALG-II-Bezieher. Aber das Geld, welches ein Flüchtling in bar in die Hand bekommt, beträgt ja anfangs nur 143 Euro.

Später - nachdem die Asylbewerber die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen haben -

erhalten sie zwischen 287 und 359 Euro im Monat. Und erst nach 15 Monaten stehen den Flüchtlingen Leistungen auf dem Niveau des SGB II zu. Und ein ALG-II-Bezieher, der 399 Euro Regelsatz plus beispielsweise 271 Euro Kosten der Unterkunft erhält, liegt damit auch bei den oben erwähnten 670 Euro. Flüchtlinge kriegen also nicht mehr Geld als Hartz-IV-Bezieher.

Die Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 04.12.15, dass die Bundeswehr sich an dem kriegerischen Einsatz in Syrien beteiligen soll, fällt zwar nicht direkt in die thematische Zuständigkeit der LAG Hartz IV. Aber auch das hat uns beschäftigt. Wir haben dazu eine Stellungnahme geschrieben, in der wir unsere Kriegs-Kritik äussern und begründen.

*Marcel Neuhaus,  
Mitglied der LAG Hartz IV*

# „Metamorphosen der Freiheit“

## Wladimir Griniw stellt im Bernburger Wahlkreisbüro aus

Am Mittwoch wurde im Bernburger Wahlkreisbüro von Birke Bull und Jan Korte die 11. Kunstausstellung eröffnet. Der in der Ukraine aufgewachsene Künstler Wladimir Griniw lebt und arbeitet seit vielen Jahren in der Saalestadt. Bei der Eröffnung der neuen Ausstellung wurde er von seiner Frau Shanna Griniwa unterstützt, die in Bernburg als Klavierlehrerin tätig ist und den Abend musikalisch begleitete.

MdL Birke Bull wies in ihrer Begrüßung auf die mittlerweile lange Tradition der Ausstellungen im Wahlkreisbüro hin und wünschte den zahlreichen Gästen alles Gute für das neue Jahr. Sie zeigte sich begeistert von den 6 großformatigen und bunten Leinwänden, die jetzt 4 Wochen lang im Büro zu sehen sind.

Der Künstler selbst nutzte seine sehr knappe Ansprache, um die Ausstellung der Freiheit zu widmen. „Ohne Freiheit ist Leben nicht möglich“, so der Künstler. Auch in den ausgestellten Bildern ist Frei-

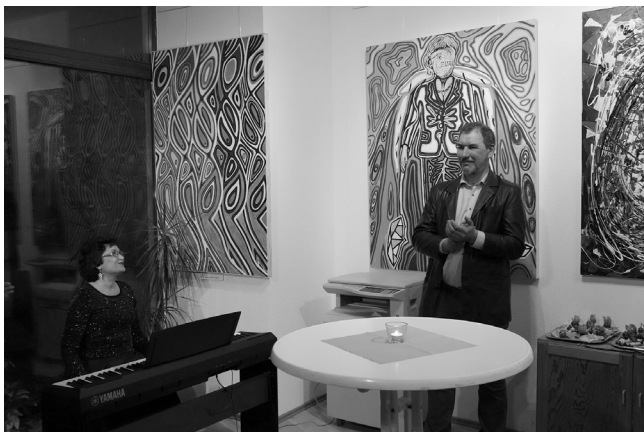


Foto: privat, Wladimir Griniw und seine Frau Shanna Griniwa

heit das bestimmende Thema. So befassen sie sich mit der Wiedervereinigung und mit der europäischen Entwicklung, um nur zwei der Themen der sehr politischen Werke zu nennen. Darüber hinaus spielt u.a. die heutige Entwicklung in seiner ukrainischen Heimat eine Rolle.

Die „Metamorphosen der Freiheit“ sorgten bei den über 40 Gästen, unter ihnen Bernburgs stellvertretender Oberbürgermeister Paul Koller und viele Künstlerinnen und Künstler der Saalestadt, am Mittwochabend jedenfalls für reichlich Gesprächsstoff. Wer sich selbst ein Bild von der Ausstellung machen möchte, hat dazu noch bis 12. Februar zu den Öffnungszei-

ten des Bernburger Büros Gelegenheit (Mo-Fr jeweils von 9-12 und 13 bis 15 Uhr, Di auch bis 18 Uhr).

Jörg Lemmert,  
Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte



Elke Reinke und weitere GenossInnen aus Aschersleben posieren am 10. Dezember im Rahmen der „Das muss drin sein“ Kampagne vor der Agentur für Arbeit in Aschersleben.



MdL Birke Bull und GenossInnen aus dem Ortsvorstand der Bernburger LINKEN übergeben am 18. Dezember erneut eine Lebensmittelpende an die Tafel der Saalestadt.

## Kommentar zur Steuererhöhung in der Stadt Bernburg

2015 und mit großer Wahrscheinlichkeit auch 2016 sind im städtischen Haushalt die Erträge geringer als die Aufwendungen. Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, muss laut Kommunalverfassungsgesetz ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufgestellt werden.

Um die Zustimmung der Kommunalaufsicht für das Jahr 2015 zu erhalten, wurden Konsolidierungsmaßnahmen aufgestellt, die 16 Einsparungsmaßnahmen vorsehen. Darunter befand sich auch pauschal die Erhöhung der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer um 1.050.000 Euro. Ein Antrag unserer Fraktion, über alle notwendigen Einzelbeschlüsse bis zum Sommer informiert zu werden, wurde in der April-Stadtratssitzung von

der Mehrheit der Stadträte abgelehnt. Nicht nachvollziehbar ist für mich, dass zur Stadtratssitzung im Oktober statt die im Konsolidierungskonzept angegebenen 1.050.000 Euro nun 1.475.000 Euro eingespart werden sollen, d.h. 40 % mehr als geplant.

In unserem Wahlprogramm haben wir den Wählerinnen und Wählern versprochen, bei der erforderlichen Erhöhung von kommunalen Gebühren die Steigerung auf ein absolut notwendiges Maß zu begrenzen.

Wir haben diesbezüglich einen Alternativvorschlag eingereicht. Er sah vor, die Grundsteuer A statt 350% (bezogen auf den Messbetrag des Finanzamtes) auf 340 %, die Grundsteuer B statt 420 % auf 400 %

und die Gewerbesteuer statt 395 % auf 400 % zu erhöhen. Mit unserem Änderungsantrag beabsichtigten wir, die Ziele der Steuererhöhungen bei den reinen Bestandssteuern, Grundsteuer A und B, abzumindern. Um das Konsolidierungsziel zu erreichen, sollte die Gewinnsteuer (Gewerbesteuer) um weitere 5 % gegenüber dem Verwaltungsvorschlag angehoben werden.

Unser Vorschlag wurde abgelehnt, dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt. Auch einige unserer Fraktionsmitglieder stimmten dem Vorschlag zu, obwohl in der Fraktionssitzung einstimmig ein anderes Vorgehen beschlossen wurde.

Eberhard Balzer, Stadtrat in Bernburg



# Soziallotsen beim Neujahrsempfang in Saale-Wipper geehrt

Am 09. Januar lud der Ortsverband Saale-Wipper zu seinem, inzwischen schon zu einer Tradition gewordenen, Neujahrsempfang in den großen Saal in Amesdorf ein. Neben zahlreichen Genossinnen und Genossen sowie Vertreterinnen und Vertretern hiesiger Vereine, konnten wir auch fast alle Soziallotsen aus dem Verwaltungsbereich und 3 syrische Gäste aus Neundorf begrüßen.

Der Neujahrsempfang stand somit voll und ganz im Zeichen der aktuellen Flüchtlingsthematik.

Nach der Eröffnung des Empfangs durch den stellvertretenden Ortsvorsitzenden Ernst-Hermann Brink und die anschließende Begrüßung der Gäste sprach Birke Bull zu den Anwesenden. In ihrer Rede ging sie darauf ein, dass eine Integration nur durch Begegnung und Neugierde möglich ist und das Vorurteile, seien sie auch nur Stammtischgeschwätz, den Prozess der Integration nur erschweren oder sogar zum Abbruch bringen. Sie forderte alle Anwesenden auf, schon hier entschieden gegenzuwirken und es nicht einfach hinzunehmen. Im Folgenden bedankte sie sich bei den Soziallotsen für ihre Arbeit.

Im Anschluss wandte sich Steffen Globig, Verbandsgemeindebürgermeister Saale-Wipper, noch an die Anwesenden und wies darauf hin, dass jeder einzelne etwas tun kann, um die Integration zu erleichtern, indem man einfach versucht die Flüchtlinge in örtliche Vereine mit einzubinden oder über die Kinder Verbindungen zu schaffen. Zum Abschluss seiner



Foto: privat, Anerkennung der Arbeit der Soziallotsen

Rede, bedankte er sich beim Ortsverband noch für die öffentliche Würdigung der Arbeit der Soziallotsen mit den Worten: „Da haben sie anderen Parteien viel voraus.“

Nach einem kurzen Kulturprogramm, in Form zweier Kinder- und Jugendtanzgruppen, folgte dann auch die Ehrung der Soziallotsen aus Saale-Wipper, hierzu überbrachte Jörg Lemmert erst einmal die besten Grüße von Jan Korte und bedankte sich in dessen Namen für die wichtige Ar-

beit die die Soziallotsen vor Ort erbringen. Die geehrten Soziallotsen und jeweils eine Begleitperson wurden zu einer 2-tägigen Fahrt in das politische Berlin eingeladen. Im Anschluss an den offiziellen Teil konnte man dann bei Speis und Trank noch individuellen Gesprächen nachgehen, was auch rege genutzt wurde.

Lars Lehmann,  
Pressesprecher DIE LINKE Saale-Wipper

## Monatliche Mitgliederversammlung in Hecklingen

Zu ihrer ersten Mitgliederversammlung im Jahr 2016 trafen sich die Mitglieder und Sympathisanten des Ortsverbandes Hecklingen. Auf Einladung der Landtagsabgeordneten Bianca Görke fand diese am 12. Januar in ihrem Wahlkreisbüro in Staßfurt statt.

Wie zu Beginn jeder Zusammenkunft bededeten die Anwesenden aktuell politische Probleme. Diesmal waren es die besorgniserregenden Ereignisse der Silvesternacht in Köln und die kriegerischen Konfliktherde in der Welt. Sie urteilten einmütig, dass vor allem eine deutsche Beteiligung nicht zur Entschärfung der Lage beiträgt. Die uneingeschränkten Waffenlieferungen tragen dazu mit bei.

Mit ihrer Gesprächspartnerin verständigte sie sich über ihre Aktivitäten in der Stadt Hecklingen, den Wahlkampf offensiv zu gestalten.

So wird es auch in den Wintertagen Informationsangebote der Landtagskandidatin am 29. Februar in Hecklingen und Groß-Börnecke und am 2. März in Cochstedt und Schneidlingen auf öffentlichen Plätzen geben.

Konkret besprochen wurde die Organisation der erforderlichen Plakatierung in allen Ortsteilen der Stadt.

Eine große Herausforderung wird dann abschließend die Verteilung der Wahlzeitig durch die Mitglieder und Sympathisanten darstellen.

Die Anwesenden waren sich einig,

dass sie mit Spenden den Wahlkampf unterstützen wollen. In eine Spendenliste trugen sich auch schon die ersten Geldgeber ein.

Nächster Höhepunkt auf der öffentlichen politischen Bühne wird die traditionelle Gedenkveranstaltung zum 71. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am Sonnabend, den 30.1., um 10.00 Uhr auf dem Hecklinger Friedhof sein.

Hier spricht unser Kreisvorsitzender Gen. Lothar Boese.

Die nächste Mitgliederversammlung ist am 16. Februar in Cochstedt.

Klaus Magenheimer,  
Stellv. Kreisvorsitzender

# Nikolaustour führte Jan Korte nach Bernburg

Seine traditionelle Nikolaustour führte MdB Jan Korte am 8. und 9. Dezember auch nach Bernburg. Im Wahlkreisbüro des Abgeordneten gab es am 8. Dezember ein Treffen mit Herrn Mansfeld und Herrn Keitel vom Handballförderverein „Bärenpower“. Mit einer Spende über 100 € verlängerte Jan Korte seine langjährige Mitgliedschaft im „Club der 100“. Seit 2009 rufen die Bernburger Handballfreunde des SV Anhalt, der momentan in der dritten Liga spielt, dazu auf, mit jährlich 100 € u.a. Fahrten zu Auswärtsspielen zu ermöglichen. Über 50 Firmen und Privatpersonen aus der Saalestadt unterstützen momentan auf diese Art den Verein. Eine weitere gute Tradition gab es im Anschluss: Der Besuch bei der LINKEN

Basisorganisation in Bernburg-Strenzfeld. Einmal im Jahr schaut Jan Korte bei den diskutierfreudigen Genoss\*innen auf dem Hochschulcampus der Stadt vorbei, um über die Arbeit der Bundestagsfraktion zu berichten. Der BO-Vorsitzende Peter Kaufmann überraschte Jan Korte am Dienstag mit einem kleinen Präsent zu seiner Wahl zum Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden.

Weniger erfreulich waren die Themen, die anschließend diskutiert wurden: Die falschen Schlussfolgerungen aus den Pariser Anschlägen und der damit verbundene Kriegseinsatz der Bundeswehr in Syrien sorgten auch bei den Strenzfelder Genossinnen und Genossen für Empörung. Jan Korte verwies in diesem Zusammenhang auf die konsequente Linie der Bundestagsfraktion, die geschlossen gegen eine Beteiligung Deutschlands gestimmt hatte und erinnerte an die katastrophalen Auswirkungen des Einsatzes in Afghanistan. Bei der Bürgersprechstunde am nächsten Morgen auf dem Karlsplatz durften sich die Bernburgerinnen und Bernburger wie-



Foto: privat, Enthüllung der Gedenktafel für die Opfer der Hexenprozesse in Bernburg

der über vorweihnachtliche Überraschungen in Form von Schoko-Nikoläusen und Taschenkalendern für 2016 freuen. Am Infostand, direkt neben dem Weihnachtsmarkt der Saalestadt, nutzen interessierte Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, um Fragen an Jan Korte loszuwerden. Außerdem wurde munter diskutiert, z.B. über den Syrieneinsatz der Bundeswehr. Im Anschluss standen zwei weitere Scheckübergaben auf dem Programm: Für eine Gedenktafel, die zukünftig an die vor ca. 500 Jahren in Bernburg durchgeführten Hexenprozesse erinnern wird, gab es 100 € vom Fraktionsverein der Bundestagsfraktion. Ebenfalls aus diesem Fonds, der sich aus den Diätenerhöhungen für die Abgeordneten speist, gab es Unterstützung für die neue Orgel in der Marienkirche. Der Förderverein für die Orgel, die spätestens 2019 wieder erklingen soll, bekam 300 €.

Jörg Lemmert,  
Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

# Jahresausklang in Staßfurt

Auf Einladung des Ortsvorstandes trafen sich am 9.12. Mitglieder und Sympathisant/innen in „Meyers Bräustüb'l“. Im Bericht des Vorstandes konnte der Ortsvorsitzende von einer kontinuierlichen Vorstandsarbeit berichten. Die vor mehr als einem Jahr gewählten Mitglieder berieten monatlich in der Geschäftsstelle, fassten die erforderlichen Beschlüsse und hatten mit Karin Urban auch eine zuverlässige Protokollführerin.

Während des traditionellen Arbeitsfrühstücks der Aktiven wurden die anstehenden Aufgaben des Jahres beraten und notwendige Festlegungen zu ihrer Verwirklichung getroffen. So galt es, den Wahlkampf um das höchste Amt in der Stadt zu führen, den Frauentag entsprechend zu würdigen, die Teilnahmen zu den Veranstaltungen am 1. Mai zu sichern die Beteiligung am „Tag der Region“ mit interessanten Inhalten zu gewährleisten. Drei Mitgliederversammlungen und vier Stammtische sowie Veranstaltungen bei der URANIA und im Theatercafe wurden zur Debatte zu aktuellen Themen genutzt. Traditionell fanden Gedenkveranstaltungen im Januar in Hecklingen und Staßfurt statt. Unser Wahlvorschlag im Wahlkreis 17 für die kommende Landtagswahl wurde mit der Kandidatur von Bianca Görke demokratisch beschlossen. Der 1. September als Weltfriedenstag wurde öffentlichkeitswirksam begangen. Wir waren Gastgeber des Landesparteitages am 10. Oktober und der Landesvertreter/innenversammlung am 14. und 15. November. Den eingesetzten Kräften unseres Ortsverbandes wurde durch den Landvorstand gedankt. Wir hielten enge Verbindung zu unserem Bundestagsabgeordneten Jan Korte und bezogen eine Reihe von Mitgliedern des Landtages in unsere Arbeit ein. Die Arbeitsgruppe Senioren traf sich regelmäßig monatlich zu ihren Beratungen. Über unsere Arbeit berichteten wir in unserer Zeitung, die durch zuverlässige Verteilerinnen und Verteiler in die Breite getragen wurde. An die Geburtstagskinder wurde gedacht. Die Mitglieder in den örtlichen Räten leisteten eine engagierte Arbeit.

In einer anschließenden sachlichen Aussprache wurden Meinungen zu aktuell politischen Tagesfragen ausgetauscht, Vorschläge zur Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit unterbreitet und erste Gedanken zum bevorstehenden Landtagswahlkampf diskutiert.

Alle Anwesenden stießen zu Beginn der Veranstaltung mit einem Glas Sekt an, der von Bianca Görke gespendet wurde.

Klaus Magenheimer,  
Ortsvorsitzender in Staßfurt



**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
Januar  
recht herzlich**

zum 89. Geburtstag  
Irmgard Adam

zum 88. Geburtstag  
Ferdinand Grosser

zum 87. Geburtstag  
Lieselotte Pohle  
Helga Böhme  
Richard Breitwieser

zum 86. Geburtstag  
Willi Andree

zum 85. Geburtstag  
Christa Apel

zum 84. Geburtstag  
Günther Ohm  
Friedrich Schrader  
Wilfried Wittzeuk

zum 82. Geburtstag  
Siegfried Gallinat

zum 81. Geburtstag  
Horst Schüler  
Karl-Heinz Stroh

zum 75. Geburtstag  
Ernst Günther

zum 60. Geburtstag  
Petra Sens



**Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
Januar Geburtstag haben.**

**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am  
03.02.2016 um 18 Uhr im Fraktionsbüro  
in Staßfurt.

**LINKER Neujahrsempfang in  
Aschersleben**

Am 15.02.2016 ab 18 Uhr im Bestehorn-  
haus (Heckner Str. 6).



**Katja Kipping**

15. Februar 2016, 14.00 bis 15.00 Uhr  
18. April 2016, 14.00 bis 15.00 Uhr

**Bernd Riexinger**

7. März 2016, 14.00 bis 15.00 Uhr  
9. Mai 2016, 14.00 bis 15.00 Uhr

**Bitte vorher unter 030-24009530  
anmelden.**



**„Kaffee mit Links“**

Am 11.02.2016 ab 16 Uhr gibt es die  
nächste Gelegenheit im Bernburger  
Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins  
Gespräch zu kommen.

**„Frühstück mit LINKS“**

Das ehemalige Erwerbslosenfrühstück  
ist jetzt offen für alle Interessierten  
und findet am 25.01.2016 ab 10 Uhr im  
Bernburger Bürgerbüro statt.

**Büroeröffnung in Aschersleben**

Das neue LINKE Büro in Aschersleben  
eröffnet am 22.01.2016 um 17 Uhr in  
der Oststraße 5.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist  
der 06. Februar 2016.  
Redaktionsschluss für diese Ausgabe  
war der 14. Januar 2016.

**Gedenkveranstaltung in Staßfurt**  
Anlässlich des Auschwitz-Gedenktages  
gibt es am 30.01.2016 um 10:45 Uhr  
eine Kranzniederlegung auf dem  
Friedhof in der Hecklinger Straße. Die  
Trauerrede hält MdL Bianca Görke.

**Politischer Aschermittwoch  
in Bernburg**

Am 10.02.2016 gibt es um 18 Uhr im  
Bernburger Metropol (Schloßstraße)  
Kabarett mit Gerald Wolf und politische  
Seitenhiebe von MdL Sabine Dirlich,  
MdL Birke Bull, MdL Bianca Görke und  
MdB Jan Korte. Interessierte sichern  
sich bitte vorher unter 03471/642268  
einen Platz!

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE/  
UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Am 08.02.2016 ab 18:00 Uhr im Staß-  
furter Fraktionsbüro. Bereits ab 16 Uhr  
sind alle Interessenten zu einer öffentli-  
che Bürgersprechstunde im Fraktions-  
büro eingeladen.

**DIE LINKE ZEITUNG**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis  
www.dielinke-salzlandkreis.de  
dielinke-salzlandkreis@t-online.de  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahfeld,  
Stefan Deutschmann

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-  
schluss eingegangenen Artikeln kann die  
Veröffentlichung nicht garantiert werden